



Band 9. Zwei deutsche Staaten, 1961-1989

Es ist eine Herausforderung, die verwirrende Fülle an Ereignissen seiner eigenen Gegenwart zu verstehen, handelt es sich doch dabei um eine Geschichte, deren Asche, wenn man so will, noch glüht. Zeitgenössische Beobachter haben mit erschwertem Zugang zu den Quellen zu kämpfen, müssen Entwicklungen einschätzen, bevor deren weit reichende Folgen absehbar sind und sich auf hoch politisiertem Terrain bewegen. Aber die zeitliche Nähe zum Ereignis birgt auch Vorteile, wie beispielsweise ein größeres Verständnis der unmittelbaren Konsequenzen von Ereignissen, die Möglichkeit, Schlüsselpersonen zu befragen und ein auf dem persönlichen Miterleben beruhendes tieferes Verständnis.¹ Mediale Vermittlung, sowohl im Fernsehen, in Filmen als auch in Tondokumenten, die Berichte von Augenzeugen und die Erinnerungsfunktion von Museen und historischen Orten garantieren ein großes öffentliches Interesse an Ereignissen jüngerer Datums. Verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit erfordert allerdings auch besondere Anstrengungen derjenigen, die die jüngste Vergangenheit untersuchen, um die Standards wissenschaftlicher Objektivität zu erfüllen.²

Die deutsche Zeitgeschichte stellt einen besonders schwierigen Fall dar, weil sie sich mit der „doppelten Belastung“ zweier Diktaturen befassen muss, in die Deutsche unmittelbar verstrickt waren – das Dritte Reich und die Deutsche Demokratische Republik (DDR).³ Während die sich der Linken zurechnenden Intellektuellen in erster Linie Hitlers Verbrechen betonen, um ihre antifaschistische Haltung zu legitimieren, weisen Konservative statt dessen auf die kommunistischen Schandtaten hin, um auf diese Weise ihr antikommunistisches Credo zu rechtfertigen. Ein normativer Antitotalitarismus neigt dazu, beide Diktaturen abstrakt gleichzusetzen, aber es wäre hilfreicher, die diktatorischen Herrschaftsformen konkret zu vergleichen, um ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten – beide Regime wendeten ähnliche Unterdrückungsmethoden an, aber die Mordbereitschaft der Nazis war weitaus größer. Der ostdeutschen Geheimpolizei gelang hingegen die tiefere Durchdringung des Alltagslebens ihrer Bürger.⁴

Historiker der deutschen Nachkriegsgeschichte stehen ebenso vor der schwierigen Wahl der narrativen Struktur. Die Teilung in zwei rivalisierende Staaten spricht für eine getrennte

Darstellung der westdeutschen Bundesrepublik, die sowohl in das NATO-Bündnis als auch in die Europäische Gemeinschaft integriert wurde, und der östlichen Deutschen Demokratischen Republik, die in den Warschauer Pakt und in den COMECON (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) eingebunden war. Da ihre jeweilige Entwicklung weitgehend durch die Zugehörigkeit zu entgegengesetzten ideologischen Blöcken während des Kalten Krieges bestimmt war, werden sie in einem großen Teil der Literatur als deutlich voneinander zu unterscheidende politische Systeme behandelt, größtenteils ohne Bezugnahme aufeinander.⁵ Allerdings gelingt es bei dieser starren Trennung nicht, die zahlreichen Rivalitäten und Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu berücksichtigen, die deren asymmetrische Beziehung prägten. Ein produktiverer Ansatz sollte daher einer integrierten Perspektive folgen, die sich auf die gemeinsamen Herausforderungen und die unterschiedlichen Antworten darauf in Ost und West konzentriert.⁶

Eine letzte Schwierigkeit im Umgang mit deutscher Nachkriegsgeschichte stellt die Wahl eines angemessenen thematischen Blickwinkels dar, der mehrere der zentralen Entwicklungen ins Licht rückt. Sollte der Historiker vor allem den nach der Katastrophe einsetzenden Lernprozess betonen, der zur „Verwestlichung“ der Bundesrepublik, zur Amerikanisierung ihrer Populärkultur und ihres Konsumverhaltens führte und damit gleichzeitig dazu beitrug, eine lebendige Zivilgesellschaft wiederaufzubauen? Ein solcher Blickwinkel würde den gescheiterten „Sowjetisierungsversuch“ der Deutschen Demokratischen Republik ausblenden, der ohnehin nicht unter die Oberfläche der Gesellschaft drang und von der ostdeutschen Bevölkerung abgelehnt wurde, sobald diese die Gelegenheit dazu hatte.⁷ Oder sollte der Historiker statt dessen neuere transnationale Entwicklungen in den Vordergrund stellen, wie die Abschwächung des Kalten Krieges, den Übergang zu postindustriellen Wirtschaftsstrukturen und die Entstehung der Postmoderne als eines kulturellen Trends? Während erstere zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR beitrugen, gelang es letzterer kaum, den Eisernen Vorhang zu durchdringen.⁸

Die folgenden Dokumente sollen allen Interessierten erlauben, sich ihr eigenes Bild von diesen grundlegenden Fragestellungen zu machen. Anstatt sich streng an vorgegebene Kategorien zu halten, sind die Quellen sechzehn wichtigen Ereigniszusammenhängen zugeordnet, die ihrerseits grob chronologisch präsentiert werden, ausgehend vom Bau der Berliner Mauer im August 1961 bis zu ihrer Infragestellung im Sommer 1989. Um der Gefahr ideologischer Voreingenommenheit zu begegnen, finden sich in der Sammlung zu besonders umstrittenen Themen Aussagen, die gegensätzliche Meinungen vertreten. Innerhalb jedes Ereigniszusammenhangs stellt die Quellenauswahl ost- und westdeutsche

Beispiele gegenüber, um so deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede hervorzuheben. Aufgrund des historischen Erfolgs des westlichen Modells wird den Ereignissen in der Bundesrepublik jedoch mehr Platz eingeräumt als der DDR. Schließlich möchte dieser Band ein breit gefächertes Bild von den Ereignissen und ihrer Bewertung präsentieren, ausgehend von den internationalen Beziehungen und der Innenpolitik, aber unter Einbeziehung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, um die schwierige Wahl des thematischen Fokus durch die Präsentation einer großen Bandbreite verschiedener Quellenmaterialien zu erleichtern.

1. Die Vertiefung der Teilung

Der Bau der Mauer am 13. August 1961 besiegelte die Teilung zwischen den deutschen Staaten durch die Errichtung einer faktisch unüberwindlichen Barriere in Berlin. Da die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) nicht imstande gewesen war, eine immer größere Zahl ihrer Bürger vom Verlassen des Landes abzuhalten, sollte diese verzweifelte Maßnahme, die als „antifaschistischer Schutzwall“ dargestellt wurde, dazu dienen, das letzte Schlupfloch in der ungefähr 1200 Kilometer langen Grenze zwischen Ost und West zu stopfen. Nach ihrer Errichtung konnten die Ostdeutschen ihr Land nicht mehr verlassen, die Westdeutschen nicht mehr zu Besuch kommen: Familienbande und andere persönliche Beziehungen wurden dadurch zerrissen. Jene verzweifelten Menschen, die den „Todesstreifen“ aus Elektrozäunen, Wachhunden, Selbstschussanlagen und Betonblöcken zu durchqueren versuchten, bezahlten ihre Fluchtversuche oft mit dem Leben. Obwohl innerdeutscher Handel in geringem Umfang weiter existierte, und die alliierten Soldaten nach wie vor den Checkpoint Charlie nutzen konnten, durchtrennte der Bau der Mauer auch die verbliebenen institutionellen Verbindungen, wie die gemeinsame Olympiamannschaft und die evangelische Kirche.⁹ Die Mauer wurde so zu *dem* Symbol der Teilung des europäischen Kontinents im Kalten Krieg.

Erst mit der *Deutschland- und Ostpolitik*, der Politik der Versöhnung der SPD/FDP-Regierung gegenüber Ostdeutschland und dem kommunistischen Osten, gelang es, die Grenze so weit aufzuweichen, dass sie für eine größere Anzahl von Menschen wieder passierbar wurde. Als Bürgermeister von Berlin hatte Willy Brandt erkannt, dass die DDR nicht in absehbarer Zeit wieder verschwinden würde und dass die Westmächte nicht bereit waren, einen Dritten Weltkrieg zu riskieren, um das kommunistische Regime zurückzudrängen. Als er 1969 Bundeskanzler wurde, verfolgte er die Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion und den östlichen, mitteleuropäischen Nachbarstaaten weiter, um damit die DDR innerhalb ihres eigenen Lagers zu isolieren, und konnte dabei mit

wachsender Zustimmung der Eliten und des breiten Publikums rechnen. Obwohl der Grundlagenvertrag (1972) zwischen den beiden deutschen Staaten Ostdeutschland *de facto* anerkannte, behielt er sich *de jure* die Möglichkeit einer zukünftigen Wiedervereinigung vor. Diese „Politik der kleinen Schritte“ bot im Grunde westdeutsches Geld für ostdeutsche „humanitäre Zugeständnisse“, um die Grenze durchlässiger zu machen. Als Folge wurden politische Gefangene freigelassen, westdeutschen Verwandten wurde der Besuch im Osten wieder gestattet, und ostdeutsche Rentner durften nach Westen reisen. Auf diese Weise wurden trotz der Abschottungsversuche der SED einige zwischenmenschliche Kontakte wiederhergestellt.¹⁰

Bis zum Sommer 1989 schien sich die Teilung des Landes noch zu vertiefen, auch wenn die wenigen verbleibenden Verbindungen verhinderten, dass sie endgültigen Charakter bekam. Das Gedenken an den Aufstand von 1953 sollte zwar das Zusammengehörigkeitsgefühl wach halten, aber während der 1980er Jahre wurde der Trend zur „Zweistaatlichkeit“ immer stärker. Auf beiden Seiten der Mauer sahen junge Leute die Teilung als Normalzustand an, die Friedensbewegung hielt die Verhinderung des Atomkriegs für wichtiger als die Wiedervereinigung, und die westdeutsche Linke propagierte die Anerkennung einer eigenen ostdeutschen Staatsbürgerschaft. Dennoch hielt die Koalition von CDU und FDP unter Helmut Kohl rhetorisch an der historischen Aufgabe der Vereinigung fest; das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen warb weiter für dieses Ziel, und das Bundesverfassungsgericht hielt den verfassungsmäßigen Auftrag der Wiedervereinigung hoch. Der Besuch Erich Honeckers in Bonn 1987 symbolisierte diese beiden Tendenzen, denn der SED-Führer wurde mit allen Ehren wie ein Staatsoberhaupt empfangen, während sein Gastgeber die deutsche Einheit beschwor.¹¹

2. Der Konflikt zwischen Demokratie und Diktatur

Nach dem Bau der Berliner Mauer hatten beide deutsche Staaten die Gelegenheit, ihr jeweiliges politisches System zu konsolidieren. Während die Bonner Regierung an internationalem Ansehen und demokratischer Glaubwürdigkeit gewann, setzte das Ostberliner Regime seine diktatorische Herrschaft fort, auch wenn sich seine Politik im Einzelnen weiterentwickelte. 1961 weigerte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer trotz seines fortgeschrittenen Alters die Macht abzugeben, aber dann stürzte er 1962 über die „*Spiegel*-Affäre“, im Zuge derer die Pressefreiheit verletzt wurde, was ihn wiederum ein Jahr später zum Rücktritt zwang. Auch wenn sein Nachfolger Ludwig Erhard noch von der CDU gestellt wurde, verweigerten die Freien Demokraten diesem erfolgreichen

Wirtschaftsexperten – aber weniger geschicktem Politiker– schließlich ihre Unterstützung. 1966 folgte eine Große Koalition unter Kurt-Georg Kiesinger (CDU) und Willy Brandt (SPD).¹² Als der ostdeutsche SED-Führer Walter Ulbricht mit Wirtschaftsreformen, einer toleranteren Kulturpolitik und der Annäherung an Westdeutschland experimentierte, wurde er von dem orthodoxeren Erich Honecker mit sowjetischer Hilfe gestürzt. Der Machtantritt dieses anti-faschistischen Widerstandskämpfers verstärkte den diktatorischen Charakter des kommunistischen Regimes noch.¹³

Im Gegensatz dazu bedeutete die Bildung der Regierung Brandt-Scheel eine vollständige Machtübergabe an die Opposition zwei Jahrzehnte nach Gründung der Bundesrepublik. Nach einem knappen Wahlsieg 1969 einigten sich die Sozialdemokraten (SPD) und die Freien Demokraten (FDP) darauf, die erste sozial-liberale Koalition auf Bundesebene zu bilden. Das innenpolitische Gegenstück zu Willy Brandts Versöhnung mit den östlichen Nachbarn war eine durchgreifende Reformpolitik unter dem Schlagwort „Mehr Demokratie wagen“, die insbesondere jüngere Wähler ansprach. Im Zeichen dieser Politik baute die SPD-FDP-Regierung den Sozialstaat aus, ließ höhere Lohnsteigerungen zu, eröffnete breiteren Schichten Bildungschancen und gründete neue Universitäten.¹⁴ Zur selben Zeit warb Honecker im Osten mit dem Slogan „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ für eine kommunistische Variante des Konsums. Der darin implizierte soziale Vertrag mit der Bevölkerung versprach materielle Vorteile im Gegenzug für politische Zustimmung, weckte jedoch Erwartungen, die auf lange Sicht nicht erfüllt werden konnten. Darüber hinaus kostete die Bevorzugung von Konsumgütern vor Kapitalinvestitionen viel Geld, was Anleihen im Ausland erforderlich machte, die letztlich wiederum zum Bankrott der DDR beitrugen.¹⁵

Infolge wirtschaftlicher Stagnation und ideologischer Erosion büßte der Marxismus-Leninismus im Osten in den siebziger und achtziger Jahren den größten Teil seiner ideologischen Glaubwürdigkeit ein. Während die hinter dem Westen zurückbleibende Wirtschaftsleistung die Arbeiterschaft frustrierte, machte die Unterdrückung von Alexander Dubčeks „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in der Tschechoslowakei im Sommer 1968 durch sowjetische Panzer Intellektuellen in der DDR deutlich, dass die kommunistischen Regime stärker auf Zwang als auf der Zustimmung des Volkes beruhten. Selbst überzeugte Kommunisten verloren hierdurch den Glauben an die Überlegenheit ihrer sozialistischen Utopie. Zunehmend kritisierten Dissidenten wie Robert Havemann die SED, im Schatten der evangelischen Kirche blühte eine unabhängige Friedensbewegung auf und eine subkulturelle Jugend- und Kunstszene entstand. Ironischerweise machte die massive Stasi-Unterdrückung oppositionellen Gruppen deutlich, wie wichtig Bürgerrechte westlicher Prägung waren.¹⁶ Im Unterschied dazu gelang es den Sozialdemokraten im Westen,

Wettbewerbsanreize mit der Bereitstellung sozialer Sicherheit in einem umfassenden Wohlfahrtsstaat zu vereinen.¹⁷

3. Probleme der sozialen Marktwirtschaft

Im Westen hatte das „Wirtschaftswunder“ der fünfziger Jahre auf dem stetigen Nachschub von meist deutschen Arbeitskräften beruht, die aus dem Osten kamen. Nachdem der Bau der Mauer diesen Zustrom hatte versiegen lassen, begann die Bundesrepublik, ausländische Arbeiter anzuwerben, um Frauen aus dem Arbeitsmarkt heraus- und traditionelle Rollenbilder aufrechtzuerhalten. Weil man davon ausging, dass diese Einwanderer nur eine begrenzte Zeit blieben, wurden sie euphemistisch „Gastarbeiter“ genannt. Die Aussicht auf zeitlich befristete Arbeitsverträge brachte mehrere Millionen Italiener, Spanier, Jugoslawen und schließlich auch Türken in die Bundesrepublik, um die schweren und unangenehmen Aufgaben zu übernehmen, die die einheimischen Arbeiter ablehnten. Viele Gastarbeiter kehrten zwar nach Hause zurück, andere ließen jedoch ihre Familien nachkommen und machten Westdeutschland dadurch unbeabsichtigt zu einem Einwanderungsland. Mit dem Ende des Wirtschaftsaufschwungs und der Zunahme der Arbeitslosigkeit verbreiteten sich fremdenfeindliche Einstellungen; während der 1980er Jahre blieben Einwanderung und Integration ungelöste Probleme.¹⁸ Später warb auch Ostdeutschland ausländische Arbeitskräfte an, größtenteils aus Entwicklungsländern wie Vietnam, aber ihre Zahl blieb immer streng begrenzt und ihr Einfluss auf Gesellschaft und Wirtschaft war marginal.

Die Ölkrise der siebziger Jahre beendete die lange Wachstumsphase. Schon Mitte der 1960er Jahre hatte die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums einen Einschnitt in die „soziale Marktwirtschaft“ nötig gemacht, aber die von Wirtschaftsminister Karl Schiller koordinierte „konzertierte Aktion“, die in von der Regierung geschaffene Investitionsanreize und der Vermeidung von Arbeitskämpfen bestand, brachte das Wachstum wieder in Schwung. Mit den freigebigen öffentlichen Ausgaben und den Lohnerhöhungen im zweistelligen Bereich der frühen siebziger Jahre war es schlagartig zu Ende, als die Gemeinschaft der Öl produzierenden Staaten (OPEC) im Jahre 1973 den Rohölpreis mehr als zehn Mal hintereinander anhub. Das Ergebnis war eine jähe Rezession. Kanzler Helmut Schmidt, ein kluger Wirtschaftsfachmann, hielt den Ausbau des Sozialstaates an und stoppte die Lohnerhöhungen. Obwohl es durch eine keynesianische antizyklische Politik im Bereich der öffentlichen Ausgaben gelang, ein bescheidenes Wachstum anzukurbeln, hatte die zweite Ölpreissteigerung des Jahres 1979 eine anhaltende strukturelle Arbeitslosigkeit

zur Folge. Die unter Weltmarktniveau liegenden sowjetischen Energiepreise sicherten zunächst das Überleben der DDR, aber Kürzungen der sowjetischen Öllieferungen und Preissteigerungen stellten die Grundlage der ostdeutschen Exporte von veredelten Derivaten in Frage.¹⁹

Einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Sackgasse bot für Westdeutschland die Europäische Integration, denn man nahm an, dass die Ausweitung des heimischen Marktes größere Absatzmärkte eröffnen würde. Die Aufhebung der Binnenzölle in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den sechziger Jahren brachte einen Aufschwung für die deutsche Industrie, deren Handel mit Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern anstieg. Die Vorstellung des französischen Präsidenten Charles de Gaulle von einem „Europa der Vaterländer“ blockierte jedoch den Integrationsfortschritt, und sein Veto verzögerte den Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks bis 1973. In den achtziger Jahren dehnte sich die umbenannte Europäische Gemeinschaft in den Mittelmeerraum aus und stabilisierte damit die post-diktatorischen Demokratien in Spanien, Portugal und Griechenland. Die Freundschaft zwischen dem französischen Präsidenten Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt ermöglichte auch, die nachteiligen Auswirkungen der Kursspekulation durch die Schaffung eines Europäischen Währungssystems im Jahre 1978 erfolgreich aufzufangen. Aber erst in den 1980er Jahren gewann die Integration mit der Einheitlichen Europäischen Akte wieder an Schwung. Im Unterschied hierzu war der Nutzen, den die DDR vom Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) hatte, viel geringer, da der Handel zwischen seinen Mitgliedern weniger umfangreich war und die Beziehungen unter ihnen auf sowjetischer Dominanz beruhten.²⁰

4. Umgang mit sozialen Konflikten

In den späten 1960er Jahren sahen sich beide deutsche Staaten mit dem Ausbruch unvorhergesehener sozialer Konflikte konfrontiert, die sich im Westen um den Generationenkonflikt, im Osten um die Reform des Sozialismus drehten. In der Bundesrepublik rebellierten Studenten gegen die autoritäre Elterngeneration, die überlaufenen Bildungseinrichtungen, die unterbliebene Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit und die amerikanischen Verbrechen in Vietnam. Inspiriert wurden die aufgebrachten Jugendlichen durch unorthodoxe Marxisten der Neuen Linken, anarchistische Provokateure und radikale Demokraten. Sie kopierten viele Protestformen wie die „Sit-ins“ oder die „Teach-ins“ der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und erregten durch gewaltlose Provokation der Behörden Aufsehen. Nachdem Benno Ohnesorg 1967 durch

brutale Polizeigewalt zu Tode gekommen war, entstand eine Massenbewegung, doch dieser außerparlamentarischen Opposition gelang es nicht, die umstrittene Ausweitung der Notstandsbefugnisse auf die Exekutive zu verhindern. In der Folge wandten sich einige Radikale dem Terrorismus in Gestalt der Roten Armee Fraktion zu, der massive staatliche Reaktionen hervorrief. Die ostdeutsche Entsprechung war die Faszination junger Intellektueller mit den Bemühungen im Nachbarland Tschechoslowakei, einen Reformsozialismus zu schaffen, die mit der Niederschlagung des Prager Frühlings ihr Ende fanden.²¹

Eine wichtige Folge des Wertewandels, der mit der kulturellen Revolution einherging, war die Entstehung einer neuen Frauenrechtsbewegung im Westen. Während eines kontroversen Treffens des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) verlangten einige Frauen, die sich nicht mehr mit Kaffeekochen begnügen wollten, eigene Rechte. Sie forderten volle Gleichberechtigung und verstanden darunter sowohl die Kontrolle über ihre eigene Sexualität in Gestalt erleichterten Zugangs zu Pille und legaler Abtreibung, als auch die Gleichbehandlung in Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz. Diese modernen Frauenrechtlerinnen fühlten sich von in den USA entstandenen Theorien ermutigt, schufen ihre eigenen Organisationen, gründeten radikale Zeitschriften wie *Emma* und stellten ihre lesbischen Neigungen manchmal öffentlich zur Schau. Ihre Proteste waren schließlich erfolgreich und führten zu politischen Zugeständnissen, wie beispielsweise Frauenhäuser, Frauenbeauftragte in der Regierung, Quotenregelungen in Parteien und gleiche Einstellungsbedingungen. Auch die DDR rühmte sich ihrer Erfolge auf dem Gebiet der Gleichberechtigung, denn die SED gewährleistete eine umfassende Kinderbetreuung, erleichterte die Scheidung und dergleichen mehr. Diese Politik zielte jedoch darauf ab, die Frauen in die Arbeiterschaft einzubeziehen, um den anhaltenden Verlust von Arbeitskräften Richtung Westen auszugleichen und hatte die Doppelbelastung der Frauen durch Arbeit und familiäre Pflichten zur Folge.²²

Eine andere Folge des Wertewandels, den der Generationenkonflikt mit sich brachte, war die Entstehung einer breiten Umweltbewegung in der Bundesrepublik. Bedingt durch die Ausdehnung der Stadtgebiete und die Massenmotorisierung, welche die Warnungen des Club of Rome vor den Grenzen des Wachstums zu belegen schienen, verstärkte sich in den sechziger Jahren die Sorge um die Natur – eine Bewegung, die in Deutschland Tradition hatte. Lokale Bürgergruppen begannen für den Erhalt landschaftlich besonders reizvoller Orte zu kämpfen, wie die Wutachschlucht im Schwarzwald, die durch den Bau eines neuen Staudamms bedroht war. Mit der Unterstützung der Bauern vor Ort begannen linksgerichtete Jugendliche, apokalyptische Ängste vor potentiellen Unfällen in Atomkraftwerken zu

artikulieren und sich neuen Bauprojekten mit einer Reihe zum Teil gewalttätiger Aktionen entgegenzustellen. Ende der siebziger Jahre fanden diese verschiedenen Initiativen in der Gründung einer neuen politischen Partei zusammen, die sich schließlich „Die Grünen“ nannte. In der DDR entstanden Umweltschutzgruppen erst in den achtziger Jahren, die gegen die durch Tagebau und Chemiefabriken bewirkten Landschaftszerstörungen protestierten. Die SED-Repression ließ ihnen kaum eine andere Wahl, als damit eine systemkritische Haltung zu beziehen.²³

Ein letzter Aspekt dieser Mobilisierung der Bürger war das Aufkommen einer starken Friedensbewegung, die letztlich sogar die deutsch-deutsche Grenze überwand. In beiden deutschen Staaten war die Kriegsangst auch deswegen besonders groß, weil der Kalte Krieg zu einer Konzentration sowohl von Truppen als auch von Waffen, inklusive Atombomben, auf deutschem Boden geführt hatte. Der NATO-Doppelbeschluss von 1979 führte deshalb in Westdeutschland zu weit verbreitetem öffentlichem Aufruhr: Gewerkschaften, Kirchen und Intellektuelle sprachen sich gegen die Stationierung zusätzlicher Raketen aus. Das Trauma des zweiten Weltkrieges hatte eine weit verbreitete Opposition gegen die Wiederbewaffnung hervorgebracht und zu einem nachsichtigen Umgang mit Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen durch die Einrichtung eines alternativen Zivildienstes geführt. Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs gab sich die DDR-Führung friedensbewegt, während sie ihre eigene Gesellschaft durch paramilitärisches Pflichttraining in der Schule militarisierte. Unter dem Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“ formierte sich eine ostdeutsche Friedensbewegung im Umfeld der evangelischen Kirche, die das atomare Wettrüsten kritisierte.²⁴

5. Verunsicherungen der Moderne

Im Bereich der Kultur triumphierte der Modernismus während der 1960er Jahre in beiden deutschen Staaten auf ganzer Linie. In mit öffentlichen Geldern unterstützten, intellektuell anspruchsvollen Institutionen im Westen wie Museen, Theatern und Konzertsälen dominierte jetzt eine internationale Avantgarde, die abstrakten Expressionismus, das absurde Theater und experimentelle Musik propagierte – Geschmacksrichtungen, die nur Kenner ansprachen. Die Massen wandten sich ab den fünfziger Jahren der Populärkultur zu, die durch bessere Radios, Farbfernseher, Langspielplatten, Kassettenrecorder und ähnlichem zugänglich gemacht wurde. Diese Apparate verbreiteten Importe, wie Rock 'n' Roll oder Hollywood-Filme, die den in Hochglanzmagazinen abgebildeten amerikanischen Lifestyle zum Ausdruck der modernen Form des guten Lebens erhoben. Mit steigendem

Wohlstand fanden die Symbole des Massenkonsums wie Telefone, Kühlschränke, Waschmaschinen und Autos immer größere Verbreitung in der westdeutschen Bevölkerung. Die DDR geriet unter Druck, mit ihrer eigenen sozialistischen Version eine Miniaturausgabe dieser attraktiven Konsumgesellschaft anzubieten, konnte jedoch nicht mit dem Westen konkurrieren.²⁵

Der Wandel in Kultur und Einstellungen wurde zum Teil befördert durch die massive Ausweitung der weiterführenden Schulen und der Hochschulen. In der Bundesrepublik kritisierte Georg Picht das „Bildungsdefizit“, und Ralf Dahrendorf, der Bildung als ein „Bürgerrecht“ bezeichnete, forderte eine Ausweitung des höheren Schulwesens und gleiche Bildungschancen für benachteiligte Studenten. Gewaltige Investitionen in Lehrerausbildung und -anstellung und neue Gebäude erlaubten in den siebziger Jahren ungefähr der Hälfte einer Alterskohorte Zugang zum Gymnasium und einem Viertel den Besuch der Universität. Bildungsreformer entwickelten außerdem Gesamtschulen und Gesamthochschulen und eine größere Auswahl an Studiengängen. Aber in den 1980er Jahren erlahmte der Schwung, mangelnde finanzielle Ausstattung führte erneut zur Überfüllung, und das Bundesverfassungsgericht schraubte die studentische Mitbestimmung zurück. In der DDR führten die Sozialisten eine an der Berufsausbildung orientierte polytechnische Schulbildung ein, die bevorzugt Kindern aus Arbeiter- und Bauernfamilien zugute kam. Die dritte Universitätsreform war aber eine seltsame Mischung aus längst fälliger Modernisierung und Politisierung, die die Kontrolle der SED noch ausdehnte.²⁶

Das rasche Fortschreiten der Modernisierung im sozialen und kulturellen Bereich rief schließlich eine Reihe von Identitätsdebatten über die Frage hervor, was es hieß, Deutscher in einem geteilten Land zu sein. In der Bundesrepublik setzten diese Debatten mit der Wiederentdeckung der *Heimat* ein, einem etwas mystischen Begriff vom eigenen Zuhause und regionaler Verwurzelung, der weit über die Reihen der Grünen hinaus populär war. Eine andere Diskussion drehte sich um die Frage, welche Merkmale überhaupt noch „Deutsch-Sein“ auszeichneten, nachdem durch gründliche Internationalisierung von Kultur, Einstellung und Lebensweisen sogar die Essensvorlieben der Deutschen der italienischen Küche galten. Eine dritte Debatte konzentrierte sich unter dem Namen „Historikerstreit“ auf das Problem der deutschen Schuld am und der Einzigartigkeit des Holocaust, die kritische Intellektuelle verfochten, konservative Angehörige der älteren Generation jedoch weiterhin zurückwiesen.²⁷ In der DDR bemühte sich das Honecker-Regime um größere Zustimmung bei der Bevölkerung, indem es zuvor kritisch bewertete Figuren der deutschen Vergangenheit, wie Martin Luther, den preußischen König Friedrich den Großen oder den Einiger des deutschen Reiches, Otto von Bismarck, akzeptierte. Verschiedene Schriftsteller

auf beiden Seiten benutzten den Begriff „Kulturnation“, um damit ein unterschwelliges Gefühl des „Deutsch-Seins“ zu bezeichnen, obschon sie sich gegen Nationalismus aussprachen.²⁸

6. Erfolg im Westen – Scheitern im Osten

Die Phase zwischen 1961 und 1989 nahm einen paradoxen Verlauf: Die Vertiefung der Feindseligkeit führte zu einer Annäherung, die die spätere Vereinigung vorbereitete. Im Bereich der internationalen Beziehungen schienen der Bau der Mauer, die Mitgliedschaft beider Staaten in der UNO ab 1973 und die internationale Anerkennung der DDR die Teilung des Kontinents in zwei feindliche Blöcke besiegelt zu haben. Dennoch gelang es der westdeutschen *Deutschland- und Ostpolitik*, die Grenze durch die Zunahme zwischenmenschlicher Kontakte durchlässiger zu machen, und Zahlungen aus der Bundesrepublik machten die SED abhängig von westlichen Krediten. Obwohl die DDR eine bewusste Distanzierungspolitik vom Westen betrieb, übernahmen beide Staaten schließlich eine „Verantwortungsgemeinschaft“ für den Frieden. Die Anerkennung der europäischen Grenzen dämpfte die Ängste vor einem deutschen Revanchismus. Gleichzeitig schützte das Helsinki-Abkommen jene Menschenrechte, die osteuropäischen Dissidenten entscheidenden Raum zum Atmen gaben. Ausgerechnet die Anerkennung der Ordnung des Kalten Krieges durch die Bundesrepublik stellte somit eben jene Kommunikation und Kooperation zwischen Ost und West wieder her, die schließlich den Weg zu ihrer Überwindung ebnete.²⁹

Im Bereich der Innenpolitik entwickelten sich die Dinge in unerwartete Richtungen, denn während die umkämpfte Bundesrepublik ihre Legitimität untermauerte, begann die scheinbar solide DDR zu bröckeln. Während der 1960er Jahre artikulierte die Neue Linke eine eindringliche Kritik an der westdeutschen Autoritätsgläubigkeit und forderte eine direktere Demokratie sowie wirtschaftlichen Ausgleich und soziale Sicherheit. Doch die Bonner Republik trotzte der Herausforderung des Generationenkonfliktes und dem Angriff durch den Terrorismus mit einer Mischung aus Reformen und Polizeiaktionen; am Ende wurde die parlamentarische Demokratie durch die Bürgerproteste sogar gestärkt. Im Gegensatz dazu vernichtete die militärische Niederwerfung der Reformbemühungen in der Tschechoslowakei alle Hoffnungen auf marxistische Selbsterneuerung unter ostdeutschen Kommunisten, wodurch die utopische Ideologie ihre Attraktion verlor. Die darauf folgende Fürsorgediktatur führte auf lange Sicht zu wirtschaftlicher Stagnation. Die Verweigerung grundlegender Rechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit brachte eine wachsende Zahl an

Dissidenten gegen die Regierung auf, während die Mehrheit der Bevölkerung den Glauben in die materiellen Versprechungen der SED verlor.³⁰

Im wirtschaftlichen Bereich gelang es dem Westen ebenfalls besser als dem Osten, mit den unvorhergesehenen Herausforderungen der technologischen und strukturellen Modernisierung fertig zu werden. Das Nachleuchten des bundesrepublikanischen Wirtschaftswunders ermöglichte es der SPD, im Wahlkampf 1972 mit dem stolzen Schlagwort des „deutschen Modells“ von sozialem Frieden und betrieblicher Mitbestimmung zu werben. Aber schon bald darauf zerstörten die Ölkrisen, die Verlegung der Produktion in die asiatischen „Tigerstaaten“ und die Ausweitung des Dienstleistungssektors die traditionelle Industrielandschaft und hatten eine Zunahme der strukturellen Arbeitslosigkeit zur Folge. In der DDR waren die neu gegründeten riesigen Industrieunternehmen, die Kombinate genannt wurden, nicht in der Lage, sich dem wandelnden internationalen wirtschaftlichen Umfeld anzupassen und die Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen und der Wechsel zur Konsumgüterproduktion überforderten das System. Während regulierter Wettbewerb der Bundesrepublik gestattete, den schmerzlichen Übergang von einer hoch industrialisierten zu einer postindustriellen Wirtschaft zu vollziehen, gelang der DDR-Planwirtschaft der Übergang zur Hochtechnologie nicht.³¹

Konfrontiert mit unvorhergesehenem sozialem Wandel, erwies sich die pluralistische Gesellschaft des Westens anpassungsfähiger als das streng kontrollierte SED-System im Osten. Obwohl die ältere Generation auf beiden Seiten der Grenze von der grellen amerikanischen Populärkultur geschockt war, konnten sich westliche Eliten schließlich dazu durchringen, Rockmusik und Hollywood-Filme zu tolerieren, während die Sittenrichter im Osten mit Repression reagierten und dadurch die Wahl des Lebensstils politisierten.³² Unabhängig von ihrer Ideologie lehnten patriarchalisch denkende Männer die Versuche der Frauen, gleiche Rechte zu erlangen, ab. Im Westen aber gelang es den Frauenrechtlerinnen, sich zu organisieren, während im Osten die Unterstützung angeblich wohlmeinender Männer darauf abzielte, den politischen Einfluss von Frauen zu kontrollieren und zu lenken. In beiden Staaten waren Manager und Arbeiter nicht gerade begeistert von der Kritik der Umweltschützer, aber in der Bundesrepublik schützten die Gerichte die Demonstranten vor polizeilicher Brutalität, während sie in der DDR kriminalisiert wurden. Ebenso hielten die meisten Politiker und Soldaten die Friedensbewegung für zu idealistisch, aber im Westen konnten die Pazifisten öffentlich demonstrieren, während sie im Osten unterdrückt wurden.³³

Trotz ihrer Kommerzialisierung brachte die verwestlichte Kultur der Bundesrepublik letztlich eine attraktivere, moderne Variante von deutscher Identität hervor als die sowjetisierte, ihre Bürger bevormundende Diktatur der DDR. Auf lange Sicht gesehen stellte sich die Selbstbefragung im Westen, die durch Kritik an der unzureichenden Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit in Gang gesetzt worden war, als folgenreicher für die Einhaltung der Menschenrechte heraus als der von oben befohlene Antifaschismus im Osten. Obwohl in der Bundesrepublik die Offenheit gegenüber internationalen Einflüssen deutsche Merkmale manchmal zu überdecken drohten, erlaubte es gerade die Aufnahmebereitschaft für amerikanische, britische und französische Ideen und Stilrichtungen, mit der Tradition der deutschen Andersartigkeit zu brechen und sich kulturell im Westen zu verankern. Im Gegensatz dazu blieb der marxistische Internationalismus, den die Sowjetunion propagierte, nur an der Oberfläche haften und war nicht imstande, das Gefühl deutscher Überlegenheit im Ostblock zu beseitigen. Die langfristigen Lernprozesse, die die Greuel des Dritten Reiches und des zweiten Weltkriegs ausgelöst hatten, führten im Westen zur Wiederherstellung einer lebendigen Zivilgesellschaft, die in vorteilhaftem Kontrast zu dem repressiven Charakter des sozialistischen Experiments im Osten stand.³⁴

Konrad H. Jarausch und Helga A. Welsh
Übersetzung: Katharina Böhmer

Fußnoten

¹ Hans-Günter Hockerts, „Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29-30 (1993), S. 3-19; Christoph Kleßmann, „Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung“, *Aus Politik und Geschichte*, B 51/2, (2002), S. 3-12.

² Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow, Hg., *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt* (Frankfurt am Main, 2002).

³ Ian Kershaw, *The Nazi Dictatorship: Problems and Perspectives of Interpretation*. 4. Auflage. (New York, 2000); Jeffrey Herf, *Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys* (Cambridge, MA, 1997); Corey Ross, *The East German Dictatorship: Problems and Perspectives in the Interpretation of the GDR* (New York, 2002); Mary Fulbrook, *Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR, 1949-1989* (Oxford, 1995); Anna-Sabine Ernst, „A Survey of Institutional Research on the GDR. Between ‚Investigative History‘ and Solid Research: The Reorganization of Historical Studies about the Former German Democratic Republic“, *Central European History* 28 (1995), S. 373-395.

⁴ Konrad H. Jarausch und Michael Geyer, *Shattered Past: Reconstructing German Histories* (Princeton, NJ, 2003).

⁵ Als jüngere Beispiele s. Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart* (München, 1999); und Klaus Schroeder, *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990* (München, 1998).

⁶ Peter Bender, *Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland* (München, 1996); Konrad H. Jarausch, „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten“, *Zeithistorische Forschungen* 1 (2004), S. 10-30.

⁷ Heinrich-August Winkler, *Der lange Weg nach Westen* (München, 2000), 2 Bde.; Konrad H. Jarausch und Hannes Siegrist, Hg., *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970* (Frankfurt am Main, 1997).

-
- ⁸ Andreas Rödter, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990* (München, 2004).
- ⁹ Hans-Herrmann Hertle, Konrad H. Jarausch und Christoph Kleßmann, Hg., *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen* (Berlin, 2002); A. James McAdams, *East Germany and Detente. Building Authority After the Wall* (Cambridge und New York, 1985).
- ¹⁰ Timothy Garton Ash, *In Europe's Name: Germany and the Divided Continent* (New York, 1993); Mary E. Sarotte, *Dealing with the Devil. East Germany, Détente, and Ostpolitik, 1969-1973* (Chapel Hill, NC, 2001).
- ¹¹ Konrad H. Jarausch, „Nation ohne Staat. Von der Zweistaatlichkeit zur Vereinigung“, *Praxis Geschichte* 13 (2000), S. 6-11; A. James McAdams, *Germany Divided. From the Wall to Reunification* (Princeton, NJ, 1993).
- ¹² Dennis L. Barck und David A. Gress, *A History of West Germany*. 2. Aufl. (London, 1993).
- ¹³ Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen von 1962 bis 1972* (Berlin, 1997); Jeffrey Kopstein, „Ulbricht Embattled: The Quest for Socialist Modernity in the Light of New Sources“, *Europe-Asia Studies* 46 (1994), S. 597-615.
- ¹⁴ Peter Merseburger, *Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist* (Stuttgart, 2002); Barbara Marshall, *Willy Brandt. A Political Biography* (New York, 1997).
- ¹⁵ Andre Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR* (München, 2004); Phillip J. Bryson und Manfred Melzer, *The End of the East German Economy. From Honecker to Reunification* (New York, 1991).
- ¹⁶ Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR, 1971-1989* (Berlin, 1999); Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989* (Berlin, 1997); Christian Joppke, *East German Dissidents and the Revolution of 1989. Social Movement in a Leninist Regime* (New York, 1995).
- ¹⁷ Hans-Günter Hockerts, Hg., *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich* (München, 1998).
- ¹⁸ Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge* (München, 2001); Klaus Bade, *Migration in European History* (Malden, MA, 2003).
- ¹⁹ Anthony Nichols, *Freedom With Responsibility: The Social Market Economy in Germany, 1918-1963* (Oxford, 1994); Steiner, *Von Plan zu Plan*, S. 123 ff.
- ²⁰ Gerold Ambrosius, *Wirtschaftsraum Europa. Das Ende der Nationalökonomien* (Frankfurt am Main, 1996); John Gillingham, *European Integration, 1953-2003: Superstate or New Market Economy?* (London, 2003).
- ²¹ Wolfgang Kraushaar, *1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur* (Hamburg, 2000); Ingrid Gilcher-Holtey, *Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA* (München, 2001); Carole Fink, Philipp Gassert und Detlev Junker, Hg., *1968: The World Transformed* (Cambridge, 1999).
- ²² Ute Frevert, *Women in German History: From Bourgeois Emancipation to Sexual Liberation* (Oxford, 1989).
- ²³ Andrei Markovits und Philip S. Gorski, *The German Left: Red, Green and Beyond* (New York, 1993); Gene E. Frankland und Donald Schoonmaker, *Between Protest and Power. The Green Party in Germany* (Boulder, CO, 1992).
- ²⁴ Jeffery Herf, *War by Other Means: Soviet Power, West German Resistance, and the Battle of the Euromissiles* (New York, 1991).
- ²⁵ Michael Wildt, *Am Beginn der „Konsumgesellschaft“. Mangelersahrung, Lebenshaltung und Wohlstand in Westdeutschland in den fünfziger Jahren* (Hamburg, 1994) vs. Ina Merkel, *Utopie und Bedürfnis. Geschichte der Konsumkultur in der DDR* (Köln, 1999), und „Working People and Consumption under Really-Existing Socialism: Perspectives from the German Democratic Republic“, *International Labor and Working Class History* 55 (1999), S. 92-111.
- ²⁶ Konrad H. Jarausch, „Das Humboldt-Syndrom. Die westdeutschen Universitäten 1945-1989 – Ein akademischer Sonderweg?“ und John Connelly, „Humboldt im Staatsdienst. Ostdeutsche Universitäten 1945-1989“, in Mitchell G. Ash, Hg., *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten* (Wien, 1999), S. 58-104.

²⁷ Herman Glaser, *Kleine deutsche Kulturgeschichte. Eine west-östliche Erzählung vom Kriegsende bis heute* (Frankfurt, 2004). Cf. Charles Maier, *The Unmasterable Past: History, Holocaust and German National Identity* (Cambridge, MA, 1988).

²⁸ Helmut Meier und Walther Schmidt, Hg., *Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker* (Berlin, 1988). Cf. Konrad H. Jarausch, „Die postnationale Nation. Zum Identitätswandel der Deutschen 1945-1995“, *Historicum* (Frühjahr 1995), S. 30-35.

²⁹ Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Geschichte des geteilten Deutschland* (Berlin, 2000).

³⁰ Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik*; Jarausch, Hg., *Dictatorship as Experience: Towards a Socio-Cultural History of the GDR* (New York, 1999).

³¹ Werner Abelshauser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1989* (Frankfurt am Main, 1983); Andre Steiner, „Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR“, in Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow, Hg., *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR* (Göttingen, 1999); Jeffrey Kopstein, *The Politics of Economic Decline in East Germany, 1945-1989* (Chapel Hill, NC, 1997); Charles S. Maier, *Dissolution. The Crisis of Communism and the End of East Germany* (Princeton, NJ, 1997).

³² Dorothee Wierling, *Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie* (Berlin, 2002); Uta G. Poiger, „Rock 'n' Roll, Female Sexuality, and the Cold War Battle over German Identities“, *Journal of Modern History* 68 (1996), S. 577-616.

³³ Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik*; Wolle, *Heile Welt der Diktatur*.

³⁴ Konrad H. Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen* (München, 2004).